

34/1992 – Mit Sonderbeilage Nordrhein-Westfalen



3. Parteitag der CDU Deutschlands

25. bis 28. Oktober 1992 in Düsseldorf

- Bundeskanzler Helmut Kohl: Wir wollen ein Europa nach dem Grundsatz: Einheit in Vielfalt. Seite 3
- Wir gewinnen mit Europa. Beschlüsse zur Europapolitik. Grüner Teil
- Gemeinsam handeln für Deutschland: Vorfahrt für den Aufbau Ost. Beschluß mit der Einführungsrede von Wolfgang Schäuble. Blauer Teil
- Der EUROPATAG auf dem 3. Parteitag am 27. Oktober. UiD extra

CDU startet bundesweite Asyl-Aktion

In einer bundesweiten Anzeigen- und Plakataktion wendet sich die CDU wenige Tage vor dem Sonderparteitag der SPD zur Neuregelung des Asylrechts an die Mitglieder der SPD. Generalsekretär Peter Hintze bittet alle Landes-, Bezirks- und Kreisverbände der CDU, diese Aktion mitzutragen. Seite 26—28



Peter Hintze hat das Vertrauen des Bundesvorsitzenden und der Partei: 742 Ja-Stimmen von 891 gültigen sind ein hohes Maß an Zustimmung für den Generalsekretär, der dieses Amt bereits seit dem 27. April dieses Jahres wahrnimmt.

Unvereinbarkeits-Beschlüsse

Gegen links- und rechtsradikale Parteien

Beschluß Nr. H 81

Die CDU lehnt jede Vereinbarung über eine politische Zusammenarbeit und jede Koalition mit links- und rechtsradikalen Parteien ab, wie z. B. mit der PDS, DVU, den Republikanern oder ähnlichen Gruppierungen. Ein Verstoß

gegen diesen Grundsatz ist mit den Zielen und der Mitgliedschaft in der CDU unvereinbar.

★

Beschluß Nr. H 85

Die Mitarbeit in den sogenannten „Komitees für Gerechtigkeit“ ist mit der Mitgliedschaft in der CDU nicht vereinbar.

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Wir wollen ein Europa nach dem Grundsatz: Einheit in Vielfalt

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine lieben Freunde! Ich weiß, daß es im Vorfeld unseres Bundesparteitags innerhalb und auch außerhalb der Partei in manchen Kommentaren die Frage gab: Ist es richtig, in diesem Augenblick drängender Probleme in Deutschland auf einem Bundesparteitag einen ganzen Tag der Frage „Europa und die europäische Entwicklung“ zu widmen?

Wir haben über dieses Thema im Bundesvorstand schon vor vielen Monaten, als wir diesen Parteitag konzipierten, eingehend gesprochen. Wir waren einstimmig der Auffassung, daß es wichtig und richtig ist, zu dieser Zeit, in der sich die Dinge in Europa dramatisch verändern, als die klassische Europa-Partei Deutschlands eine solche Planung vorzunehmen. Wir stehen damit auch in der Nachfolge Konrad Adenauers.

Ich beklage ein wenig — ich sage das ganz offen —, daß wegen der Diskussion um manche Sorgen im eigenen Land heute in der Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland und nicht zuletzt in unserer eigenen Partei gelegentlich der Eindruck entsteht, als nähmen wir die

europäischen Dinge nicht mehr ganz so wichtig. Ich kann nur wiederholen, was ich schon oft gesagt habe:

Die CDU ist und bleibt die Europa-Partei in Deutschland. Für uns ist die Entwicklung Europas nicht irgendein Thema der Tagespolitik. Europa ist für Deutschland eine Schicksalsfrage; ich behaupte: die Schicksalsfrage.

Als Land in der Mitte unseres Kontinents haben wir mehr Grenzen und Nachbarn als die anderen. Wir haben eine besondere Geschichte, eine Geschichte, zu der auch große deutsche Schuld gehört.

Ein Land mit 80 Millionen Einwohnern, ein Land mit dieser Wirtschaftskraft, das

Grundsatzrede des Bundesvorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl, zu den Beratungen der europäischen Anträge des Bundesvorstands

morgen und übermorgen, wenn die Aufbauarbeiten in den neuen Bundesländern geschafft sind, stärker als je zuvor sein wird — so hat es François Mitterrand formuliert —, erweckt Ängste, erweckt, wenn Sie es so nennen wollen, Neid.

Deswegen ist es wichtig, daß wir, die Deutschen, und wir, die CDU als die Partei der Mitte in Deutschland, begreifen, daß hier eine besondere Herausforderung und Aufgabe für uns liegt. Unsere nationale Zukunft ist noch viel mehr als die der anderen mit der Entwicklung Europas verknüpft.

Es kann und darf uns deshalb nicht gleichgültig sein, welchen Weg Europa geht: ob es sich unwiderruflich auf den politischen und wirtschaftlichen Zusammenschluß festlegt oder ob es in nationale Rivalitäten früherer Zeiten zurückfällt. Dies, liebe Freunde, ist in Wahrheit die Kernfrage der Europa-Politik und die Kernfrage der Diskussion über den Maastricht-Vertrag.

Wenn wir jetzt — „jetzt“ heißt: in den wenigen Jahren bis zum Ende dieses Jahrhunderts — nicht die Europäische Union schaffen, dann versagen wir vor der Geschichte und — das füge ich mit großem Bedacht hinzu — wir setzen leichtfertig das aufs Spiel, was wir mühsam genug erreicht haben.

Bei der Diskussion in diesen Wochen und Monaten denke ich oft — ich habe es häufig zitiert; ich wiederhole es — an eine Äußerung zurück, die Konrad Adenauer am Vorabend der Debatte im französischen Parlament über den Vertrag zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft im Jahr 1954 machte, über eine Vorlage, von der wir ja wissen, daß sie dann abgelehnt wurde. Er sagte sinngemäß: Wenn dieser Vertrag scheitert, werden wir mindestens eine Generation brauchen, bis wir in Europa wieder ein Stück aufeinander zugehen und zusammenkommen. — Das war 1954.

Wir schreiben 1992. Es hat länger gedauert als eine Generation.

Ich wage heute die Behauptung:

Wenn der Vertrag von Maastricht nicht in Kraft tritt und wenn wir auf dem Weg nach Europa zurückgeworfen werden, dann dauert es wesentlich länger als eine Generation, bis wir erneut eine solche Chance erhalten.

Wir laufen dann Gefahr — das gilt heute mehr als 1954 —, daß Europa und die Europäer von ihrer unseligen Vergangenheit eingeholt werden.

Liebe Freunde, ich kann nur beschwörend sagen: Es soll niemand unter uns glauben, daß das Gespenst des Nationalismus und des Chauvinismus in Europa endgültig tot oder nur noch auf dem Balkan zu Hause ist. Ich bezweifle, daß die bösen Geister der Vergangenheit, unter denen wir in Europa gerade in diesem Jahrhundert so schrecklich gelitten haben, ein für allemal gebannt sind. Schon heute zeichnet sich im Osten unseres Kontinents zum Teil eine Rückkehr zu chauvinistischem, nationalistischem Denken ab, zu Intoleranz und all dem, was dazugehört.

Niemand in Deutschland oder im Westen Europas soll überheblich sagen, wir seien von solchen Versuchungen völlig frei.

Ebenso gefährlich ist es, wenn hier und da mit dem Argument Stimmung gemacht wird, Deutschland sei zu groß und zu mächtig geworden, und man müsse es wieder durch Koalitionen eindämmen. Wir schreiben das Jahr 1992 und nicht das Jahr 1902. Der Vertrag von Maastricht ist vor allem eine Voraussetzung für Frieden und Freiheit der Deutschen und der Europäer.

Unsere Antwort ist klar. Die zweite deutsche Republik, unsere Bundesrepublik Deutschland, hat sich endgültig für eine Politik entschieden, die auf den immer engeren Zusammenschluß der europäischen Völker und Nationen setzt. Zu die-

ser Politik gibt es nach meiner Überzeugung keine vernünftige Alternative. Unsere Politik war dabei nie eine Politik des Ausgrenzens einzelner Partner, und sie wird es auch in Zukunft nicht sein. Wir wollen — um das klar auszusprechen — kein Europa der zwei oder der drei Geschwindigkeiten. Aber wir wollen auch kein Europa, in dem das langsamste Schiff das Tempo des ganzen Geleitzugs bestimmt.

Die Europäische Gemeinschaft hat uns Deutschen wie auch unseren Partnern Frieden und Freiheit gesichert. Wir in Deutschland verdanken nicht zuletzt dieser Gemeinschaft ein bisher nie gekanntes Maß an Wohlstand.

Heute betrachten zu viele die Früchte der europäischen Einigung als selbstverständlich. Sie erkennen nicht mehr, welche Vorteile die europäische Einigung gerade für die Deutschen bringt. Knapp drei Viertel unserer Exporte gehen heute in die Länder der EG und der EFTA, und zwei Drittel unserer Importe kommen von dort. Die EG und die EFTA-Länder haben damit entscheidenden Anteil an Wachstum und Beschäftigung, an Stabilität und Wohlstand bei uns. Wenn etwa mein geschätzter Amtsvorgänger früher zu sagen pflegte: „Wir sind nicht die Zahlmeister Europas“, hat er damit eine ungewöhnlich törichte Meinung vertreten.

Denn wir waren zu allen Zeiten die Hauptnutznieser dieses sich einigenden Europas. Es ist nur selbstverständlich und gerecht, daß ein Land, das den größten Nutzen von der Gemeinschaft hat, auch an den Kosten den größten Anteil zu tragen hat.

Wer jetzt für ein geringeres Maß an europäischer Integration plädiert, setzt viele

Millionen Arbeitsplätze aufs Spiel. Er riskiert einen Abbau jener Arbeitsplätze, die durch die Verflechtung der europäischen Volkswirtschaften hierzulande aufgebaut werden konnten.

Es kommt noch etwas anderes hinzu. Wir, die Europäer, werden noch am Ende dieses Jahrzehnts und Jahrhunderts, d. h. in wenigen Jahren, erleben, daß sich die Amerikaner, die Kanadier und die Mexikaner zu einer immer engeren Freihandelszone zusammenschließen. Wir werden weitere Zusammenschlüsse von Ländern in Südamerika erleben, und wir werden sie im ostasiatisch-pazifischen Raum erleben. All das muß uns aufrütteln, wenn wir an die Zukunft unserer Wirtschaft, an die Arbeitsplätze, die Exportchancen denken. Für die Exportnation Deutschland ist der Zusammenschluß Europas von entscheidender Bedeutung.

Aber, liebe Freunde, wenn wir das Ganze nur unter ökonomischen Gesichtspunkten betrachten, übersehen wir die eigentliche Bedeutung des europäischen Einigungswerkes. So sehr ich vom wirtschaftlichen Nutzen überzeugt bin: Wenn es nur um den wirtschaftlichen Nutzen ginge, würde eine Art gehobene Freihandelszone ausreichen.

Es geht aber um mehr: Es geht um die Wirtschafts-, die Währungs-, und es geht um die Politische Union. Liebe Freunde, dies müssen wir viel stärker als bisher unter die Menschen tragen.

Wir leben heute — im Jahre 1992 — in Deutschland in der längsten Friedensperiode seit der Mitte des 19. Jahrhunderts. 21 Jahre nach dem Ende des Ersten begann der Zweite Weltkrieg, 43 Jahre nach der Reichsgründung 1871 brach der Erste Weltkrieg aus. Heute leben wir schon 47 Jahre, d. h. fast ein halbes Jahrhundert, in Frieden, und Deutschland ist

in Frieden und Freiheit wiedervereint. Daß dies so ist, verdanken wir nicht zuletzt der Politik der Einigung Europas in diesen Jahrzehnten.

Vergessen wir nicht: Die Politik der europäischen Einigung war eine entscheidende Voraussetzung für die Zustimmung aller unserer Nachbarn zur friedlichen Wiedervereinigung der Deutschen in Freiheit. Es ist ein einmaliger Vorgang in der Weltgeschichte, daß ein solch dramatischer Prozeß von allen Nachbarn mit Zustimmung und Sympathie begleitet wurde. Auch das verdanken wir der Politik der europäischen Einigung.

Vor allem unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger in den neuen Bundesländern erfahren seit der Öffnung der Mauer und seit der deutschen Wiedervereinigung, was offene Grenzen, was beispielsweise freies Reisen bedeutet. Noch vor wenigen Jahren wurden von den Machthabern der früheren DDR die Europäische Gemeinschaft wie auch die Atlantische Allianz als eine Ausgeburt des Kapitalismus verurteilt. Man kann von einem Achtzehnjährigen in Leipzig oder in Rostock — der jetzt übrigens seinen Dienst als Soldat in der Bundeswehr tut —, der das alles noch in seiner Schulausbildung ganz anders gehört hat, nicht erwarten, daß er nun über Nacht begreift, was dieses Europa für ihn bedeutet. Aber es ist weit mehr sein Europa als das Europa meiner Generation.

Deswegen müssen wir mit der ganzen Leidenschaft, zu der wir fähig sind, in einer Sprache, die die Menschen verstehen und die sich nicht immer mehr vom Denken der Menschen entfernt, gerade an die jungen Leute herantreten und diese überzeugen.

Deutschland und Europa stehen nach dem Ende des Ost-West-Konflikts vor

neuen Herausforderungen. Der Umbruch in Mittel-, Ost- und Südosteuropa bringt für jeden erkennbar Risiken und Unwägbarkeiten mit sich. Ganz Europa braucht heute mehr denn je einen sicheren und festen Anker. Diese Rolle und diesen Auftrag kann nur eine starke Europäische Gemeinschaft übernehmen.

Damit bin ich bei einem, wenn nicht bei dem wesentlichen Ziel des Vertrags von Maastricht. Dieser Vertrag ist nicht zuletzt eine europäische Antwort auf neue Entwicklungen nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Diktaturen in Mittel-, Ost- und Südosteuropa. Wir stellen uns damit unserer Verantwortung für die Zukunft des ganzen europäischen Kontinents. Ich weiß, daß derart tiefgreifende Veränderungen in Europa, deren Zeugen wir in diesen Jahren waren und sind, viele Menschen in Deutschland, aber auch in anderen Ländern der Gemeinschaft, verunsichern. Manche fragen sich, ob nicht das Tempo der Veränderung zu schnell sei, ob nicht der Vertrag von Maastricht zu früh gekommen sei, ob die Ziele nicht zu ehrgeizig seien.

Ich stelle dazu eine ganz einfache Gegenfrage: Können wir uns eine langsamere Gangart überhaupt leisten? Ich will das so zusammenfassen, wie ich es empfinde: Wir haben das Glück und die historische Chance, nun auch das zweite Ziel der deutschen Verfassung, der Präambel des Grundgesetzes von 1949, zu erreichen: nach dem Erreichen der staatlichen Einheit Deutschlands nun auch die europäische Einigung.

Hätten wir bei der deutschen Einheit gezögert und erst einmal über die Frage diskutiert: „Können wir es wagen, oder können wir es nicht wagen?“, säßen unsere Freunde aus Sachsen, aus Sachsen-Anhalt, aus Thüringen, aus Mecklenburg-Vorpommern, aus Brandenburg und aus Ostberlin heute hier nicht bei uns.

Es ist eine alte Erfahrung, auch eine Erfahrung unseres Volkes, daß es in der Geschichte immer wieder Situationen gibt, in denen man den Mut haben muß, auch angesichts mancher Risiken den Sprung zu wagen. Wir haben diesen Mut gehabt, als die Stunde für die deutsche Einheit kam. Wir müssen ihn auch jetzt haben in Europa, und wir müssen die Zaudernden mitreißen, damit sie sehen, daß es ihre eigene Zukunft ist, die jetzt mit auf dem Spiele steht.

Abwarten ist die falsche Antwort, und Stillstand wäre Rückschritt. Deshalb müssen wir gemeinsam mit unseren Partnern entschlossen vorwärts gehen, deswegen werde ich alles tun, damit wir gemeinsam mit unseren Partnern die Chancen dieser Zeit ergreifen.

Daß wir dabei Kritik erfahren, liebe Freunde, das müssen wir in Kauf nehmen, beispielsweise wenn gesagt wird, daß das etwas zu tun habe mit deutscher Großmannssucht, daß die Deutschen wieder nach Hegemonie streben würden, daß sie mit ihrer starken Mark Europa einkaufen wollten, und dergleichen mehr. Dann höre ich beispielsweise, die Beziehungen zu Paris seien zu eng, es gebe eine Achse Paris-Bonn, es gebe eine französisch-deutsche Hegemonie. Andere sagen, wenn wir die Einigung Europas nicht weiter vertiefen, kämen die Deutschen ihrer Pflicht nicht nach. Aber ich lasse mir lieber öffentlich vorwerfen, die Beziehungen zu Frankreich seien zu eng, als daß ich mir vorwerfen lasse, wir Deutsche hätten aus der Geschichte nichts gelernt und die „Erbfeindschaft“ gehe immer noch weiter.

Jetzt gilt es, das Richtige zu tun
Da gibt es natürlich manche, die nur hundertprozentige Lösungen wollen, die sagen: alles oder nichts. Natürlich ist der

Vertrag von Maastricht nicht optimal, und es gibt sicherlich eine Reihe von Sachfragen, bei denen man sagen kann: das hätten wir gerne anders gemacht. Ein geeintes Europa kann nur in kleinen Schritten erreicht werden, und wir sind schon sehr weit gekommen, wenn man einmal den Weg bedenkt, den wir bereits zurückgelegt haben.

In diesem Jahrhundert, liebe Freunde, haben junge Leute aus Deutschland einerseits, aus Frankreich oder Großbritannien andererseits in zwei schrecklichen Kriegen gegeneinandergestanden. Die jungen Menschen, die heute für Europa auf die Straßen gehen, haben oft Großväter und Urgroßväter, die bei Verdun oder bei der Invasion 1944 gefallen sind. Und wenn wir jetzt am Ende dieses Jahrhunderts fähig sind, so von Europa zu sprechen, wie wir es jetzt tun, ist das doch ein ungeheurer Fortschritt! Lassen Sie sich das nicht ausreden von Leuten, die immer so tun, als ob sie alles besser wissen und dabei bisher nichts für Europa getan haben!

Der Vertrag von Maastricht ist ein entscheidendes und wichtiges Werk auf dem Weg zum geeinten Europa. Aber das Leben wird in den kommenden Jahren noch viele Kapitel hinzufügen. Es soll doch niemand glauben, daß man das Leben der europäischen Völker oder das Leben dieses alten und zugleich jungen Kontinents Europa in einem Vertrag auf alle Ewigkeit festlegen könne. Ich habe beispielsweise die Debatte, die wir darüber geführt haben, ob vor Einführung der gemeinsamen europäischen Währung das Parlament noch einmal zu Wort kommen solle oder nicht, nie verstanden. Können Sie sich einen Bundeskanzler und eine Bundesregierung vorstellen, die einen solch wichtigen Schritt tun könnte, ohne daß der Bundestag vorher darüber beraten würde?! Zumindest würde doch

die Opposition eine Sondersitzung des Bundestages verlangen!

Der Teil des Vertrags, der der Politischen Union gewidmet ist, hat das gleiche Gewicht wie die Bestimmungen über die Wirtschafts- und Währungsunion. Jeder muß wissen: Eine Wirtschaftsunion in Europa ist nur lebensfähig, wenn sie sich auf eine Politische Union stützen kann. Es gab Äußerungen einer eindrucksvollen Dame aus Großbritannien, die meinte, eine Art gehobene Freihandelszone sei das Richtige für Europa. Sie täuscht sich, und das auch für ihr Land! Entweder tritt zur Wirtschafts- und Währungsunion die Politische Union hinzu — dann wird das von Dauer sein, weil in diesem Falle eine Balance hergestellt ist —; oder aber die Wirtschafts- und Währungsunion gilt nur auf Zeit, und geht dann wegen Interessengegensätzen auseinander. Das letztere ist nicht unser Weg.

Der Vertrag von Maastricht über die Europäische Union baut vor allem auf folgenden Kernelementen auf:

Erstens: die stufenweise Entwicklung einer Wirtschafts- und Währungsunion. Wir können unsere eigene wirtschaftliche und monetäre Stabilität und damit unseren Wohlstand auf Dauer nur sichern, wenn wir in Europa mit dem Ziel einer gemeinsamen Wirtschafts- und Währungspolitik immer enger zusammenarbeiten.

Wir haben in diesen Wochen schwerste Turbulenzen auf den internationalen Devisenmärkten erlebt. Wer dies genau beobachtete, weiß, daß sie ein weiteres Argument für die Wirtschafts- und Währungsunion in Europa sind.

Ich bin mir bewußt, liebe Freunde, von welcher zentralen Bedeutung die Frage nach der künftigen europäischen Währung gerade für unser Volk ist. In diesem Jahrhundert haben viele Menschen in

Deutschland nach zwei Kriegen durch verheerende Inflationen Hab und Gut verloren. Millionen Menschen sind um die Früchte ihrer Arbeit gebracht worden. Ein wesentlicher Grund für das Aufkommen der Nationalsozialisten war gewiß auch die Verarmung breiter Massen des Volkes nach dem Ersten Weltkrieg durch den Zusammenbruch der Währung bei der Inflation. Wir haben das nie vergessen, und es ist über jene Generation hinaus in den Köpfen der Menschen geblieben.

Das hat tiefe Spuren hinterlassen, und ich verstehe sehr wohl, daß viele in Deutschland fragen: Wird die künftige europäische Währung so stabil sein wie die D-Mark? Liebe Freunde, ich nehme diese Frage sehr ernst, weil in der Zeit der Teilung, in der Zeit des zumindest scheinbaren und für viele auch so empfundenen tatsächlichen Verlustes an nationaler Identität die Deutsche Mark ein Stück deutsche Identität geworden ist.

Es war ja nicht zuletzt auch die von der Deutschen Mark symbolisierte Wirtschaftskraft, die bei unseren Landsleuten in den neuen Bundesländern einen solch stürmischen Drang nach deutscher Einheit mit herbeigeführt hat.

Deswegen muß klar sein, daß eine künftige europäische Währung eine klare Stabilitätsgrundlage haben muß. Dazu gehört die Unabhängigkeit der künftigen Europäischen Zentralbank, ihre uneingeschränkte Verpflichtung auf das Ziel der Geldwertstabilität und eine streng auf Stabilität ausgerichtete Haushaltspolitik in allen Mitgliedstaaten der Gemeinschaft.

Wer den Prozeß der Annäherung der Länder Europas in den letzten acht Jahren beobachtet hat, der dann zu der entsprechenden Formulierung im Maastrichter Vertrag über die Zentralbank führte.

der weiß: Hier haben sich alle anderen in Richtung der deutschen Gesetzgebung über die Bundesbank bewegt. Der Prozeß des Aufeinanderzugehens hat dazu geführt, daß alle unsere Partner die strengen Richtlinien für die Gesetzgebung über die Deutsche Bundesbank übernommen haben. Nicht wenige mußten in den letzten Wochen erfahren, daß bei uns eben gilt, daß die Bundesregierung die Richtlinien der Bundesbank nicht bestimmt, sondern daß die Bundesbank allein der Geldwertstabilität verpflichtet ist. Die Regierung muß sich hier, ob sie will oder nicht — ich halte dies für richtig —, zurückhalten.

Wir haben auch festgelegt, daß jedes Land für seine Volkswirtschaft verantwortlich ist, also für die Inflationsrate, für Zinsen, für die Staatsverschuldung. Die vorgegebenen strengen Kriterien des Vertrages müssen erfüllt werden.

Damit dies klar ist: Heute ist sogar die Bundesrepublik Deutschland noch nicht in der Lage, alle diese Kriterien zu erfüllen. Wir brauchen also nicht auf andere zu zeigen, sondern wir müssen jetzt unsere Hausaufgaben machen. Wir werden sie machen, weil wir dieses Europa wollen.

Es kann auf gar keinen Fall deutsche Politik sein, die verbindlich festgelegten Stabilitätskriterien aufzuweichen. Nur wer diese Kriterien erfüllt und damit den Beweis für eine solide Wirtschafts- und Finanzpolitik erbracht hat, kann in die Endstufe der Wirtschafts- und Währungsunion eintreten.

Dies ist der entscheidende Satz. Dieser Satz kann nicht aufgeweicht und verändert werden. Wir Deutsche haben nicht nur den Wunsch und nicht nur die Hoffnung, sondern, ich denke, auch die Gewiß-

heit, daß die künftige Europäische Zentralbank ihren Sitz in Deutschland hat, und Frankfurt am Main ist dafür der geeignete Ort.

Zweitens. Wir wollen eine gemeinsame Politik in einem so wichtigen Bereich wie dem der inneren Sicherheit. Immer mehr Menschen machen sich zunehmend Sorgen wegen der Ausbreitung des organisierten Verbrechens. Das gilt insbesondere für die internationale Drogenmafia. Ich habe mich in Maastricht erfolgreich dafür eingesetzt, daß eine europäische Polizeiorganisation geschaffen wird. Mit EUROPOL wollen wir gemeinsam und entschlossen den Kampf gegen die internationale Banden-kriminalität führen.

Aber auch die uns vor allem bedrückende Frage der dramatisch zunehmenden Zahl von Asylbewerbern, die aus wirtschaftlichen Gründen nach Westeuropa und vor allem zu uns kommen, ist letztlich nur mit einer gemeinsamen europäischen Antwort zu lösen. Der Vertrag von Maastricht öffnet hier jeden nur denkbaren Weg für ein gemeinsames Vorgehen, wenn wir das nur wollen.

Drittens. Wir haben in Maastricht die dringend notwendige Verbesserung der Zusammenarbeit beim Umweltschutz beschlossen. Bei unseren Partnern wie bei uns ist in den vergangenen Jahren das Bewußtsein für die immer größere Bedeutung dieser Zukunftsaufgabe gewachsen. Es ist ja leider in Teilen der verfaßten öffentlichen Meinung üblich geworden, daß man an Ereignisse von gestern oder vorgestern nicht mehr erinnern darf, vor allem dann, wenn sich erwiesen hat, daß wir mit unserer Prognose richtig lagen. Ich erinnere mich noch sehr lebhaft an die ungläubige Reaktion meiner Kollegen in Europa, aber auch der deutschen Medien, als ich auf dem Stuttgarter EG-

Gipfel 1983 zum erstenmal das Thema Waldsterben auf die Tagesordnung gesetzt habe. Damals bin ich in den Verdacht geraten, ich würde aus der Politik der Mitte abdriften. Meine Damen und Herren, heute wissen wir: Es war doch eine dringende Notwendigkeit, das zu tun.

Ich nenne ein zweites Thema, das uns in Nordrhein-Westfalen im Vorfeld der Landtagswahl 1985 viel Verdruß bereitet hat. Wir wollten den Katalysator für Autos einführen. Damals haben uns namhafte Persönlichkeiten aus der Autobranche Massenerbeitslosigkeit in Deutschland vorausgesagt. Sie ist nicht eingetreten. Die Firma, die am stärksten versucht hat, auf uns einzuwirken, hat mit dem Katalysator-Auto die besten Geschäfte gemacht.

Meine Damen und Herren, heute — man wird es nach sieben Jahren ja noch sagen dürfen — ist die entsprechende Ausrüstung der Neufahrzeuge längst selbstverständlich geworden. Das war auch nicht falsch, wie jeder weiß.

Viertens. In Maastricht haben wir trotz der Zurückhaltung vieler auch Fortschritte bei der Verstärkung der demokratischen Kontrolle von Kommission und Rat durch das Europäische Parlament erreicht. Ich hätte mir mehr gewünscht, aber wenn die Sozialdemokraten im Deutschen Bundestag mich deswegen kritisiert haben, dann hätte ich mir gewünscht, sie hätten diese Kritik vorher in der Sozialistischen Internationale besprochen. Denn die größten Probleme bei der Erweiterung der Rechte des Europäischen Parlaments hatten wir mit sozialistisch geführten Regierungen in Europa und nicht mit den Regierungen, die von der Europäischen Volkspartei gestellt werden.

Das heißt: Wir müssen noch sehr viel Überzeugungsarbeit leisten, um das

Demokratiedefizit in Europa, das es ohne Zweifel gibt, abzubauen. Deshalb gilt es für mich, möglichst zügig die Rechte und Kompetenzen des Europäischen Parlaments weiter auszubauen.

Wir müssen zugleich wirklich brauchbare Wege finden, um die nationalen Parlamente stärker in die Europapolitik einzubeziehen, und zwar nicht aus Gründen des Prestiges, sondern aus Gründen der praktischen Arbeit.

Wir müssen zu einem praktikablen Weg kommen, um das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente zu einer vernünftigen Zusammenarbeit zu bringen. Dabei sage ich Ihnen ganz klar, daß ich die Idee ablehne, ein gigantisches Über-Parlament mit ein paar tausend Leuten zu schaffen, die sich ein- oder zweimal im Jahr versammeln. Das ergäbe einen gewaltigen parlamentarischen Tourismus, aber herauskommen wird überhaupt nichts. Deswegen, meine ich, wäre das nicht der richtige Weg.

Es ist für mich auch selbstverständlich — das will ich noch einmal sagen —, daß die 18 Abgeordneten des Europa-Parlaments aus den neuen Bundesländern, die jetzt noch nicht das volle Stimmrecht haben, nach der Neuwahl des Europa-Parlaments, d. h. ab Sommer 1994, volles Stimmrecht im Europäischen Parlament erhalten.

Wenn ich dies sage, mische ich mich damit nicht in den Streit ein, welche Quotierung für andere EG-Mitgliedsstaaten angemessen ist. Ich spreche von dem, was wir für uns selbst aus Gründen der Größe Deutschlands in der Gemeinschaft für die Bundesrepublik Deutschland erwarten und verlangen können. Wie andere sich dann jeweils einstufen, ist deren Sache. Der Kampf, den ich zu führen habe, geht darum, daß die 18 Abgeordnete

ten volles Stimmrecht im neuen Parlament haben, daß damit die ganze deutsche Gruppe volles Stimmrecht im neu zu wählenden Europäischen Parlament hat.

Ich will im Anschluß an den Bericht unseres Freundes Prof. Günter Rinsche gerne einmal ein Wort des Dankes an die Kolleginnen und Kollegen im Europäischen Parlament sagen. Sie leisten dort ganz hervorragende Arbeit.

Ich will der an manchen Orten — auch in der Partei, auch in den einzelnen Parlamenten — geäußerten Stimmung klar widersprechen. Es wird abfällig gesagt: „Die“ im Europäischen Parlament. Daß jeder im Kreistag und im Stadtrat, im Landtag und im Bundestag glaubt, er gehöre dem besten Parlament an, ist eine Mindestvoraussetzung der Selbsteinschätzung jedes Parlamentariers. Darüber kann es ja keine Zweifel geben.

Aber es ist einfach absurd zu erwarten, daß ein Parlament, das sich jetzt aus Abgeordneten aus 12 Ländern zusammensetzt, in dem Abgeordnete aus Edinburgh und aus Palermo vertreten sind, in dem Dänen genauso wie Griechen vertreten sind, über Nacht genauso funktioniert wie beispielsweise der Deutsche Bundestag nach über 40 Jahren.

Um die wirkliche Dimension der Aufgabe zu begreifen, muß man die deutsche Geschichte betrachten und sich etwa das Parlament der Paulskirche von 1848 ansehen. Sie können auch den Bismarckschen Reichstag nehmen. Wenn man sieht, was es da für Unterschiede zwischen den Abgeordneten aus Hamburg, aus München, aus Sachsen und anderen Ländern gab, dann wird man sich darüber klar, was es heißt, wenn Leute aus Südtalien und Dänemark im gleichen Parlament sitzen und miteinander arbeiten und etwas erreichen müssen.

Deswegen kann ich als Parteivorsitzender nur sagen: Es ist ganz wichtig, daß wir im Europäischen Parlament neben der Lösung von Sachaufgaben immer mehr erleben, daß sich Europa zusammenschließt und sich die Menschen gegenseitig besser verstehen.

Abgeordnetenkollegen aus den verschiedensten Ländern, die der gleichen Europäischen Volkspartei angehören, gewinnen viel mehr Verständnis füreinander, wenn sie jahraus, jahrein miteinander zusammenarbeiten. Das ist nicht anders als bei uns im nationalen Parlament mit Blick auf die unterschiedlichen Landschaften in Deutschland.

Ich finde auch — das sage ich insbesondere an die Adresse der öffentlich-rechtlichen Fernseh- und Rundfunkanstalten, die durch die Staatsverträge den entsprechenden Auftrag haben —, daß die Medien in Deutschland zu wenig dafür tun, um die Arbeit des Europäischen Parlaments transparent zu machen.

Fünftens. Aus deutscher Sicht ist die Entwicklung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik eine existentielle Frage. Der Krieg im früheren Jugoslawien und die Krisen in anderen Teilen Ost- und Südosteuropas machen deutlich, daß uns nur eine gemeinsame Politik vor Gefahren bewahren kann. Dabei, liebe Freunde — das kann man nicht oft genug aussprechen —, ist für die Sicherheit und die Verteidigung Europas die Atlantische Allianz, d. h. der enge Schulterschluß mit unseren amerikanischen und kanadischen Freunden, unverzichtbar.

Der Ausbau der WEU, den wir in Maastricht beschlossen haben, soll die Atlantische Allianz nicht schwächen, sondern ergänzen und stärken. Ich will es knapp formuliert so sagen: Es geht hier nicht um ein „Entweder-Oder“, sondern um

ein „Sowohl-Als-auch“. Die Partnerschaft zwischen Europa und den Vereinigten Staaten von Amerika geht weit über die Fragen der gemeinsamen Sicherheit hinaus. Wir wollen die transatlantische Partnerschaft in Zukunft auf allen Gebieten weiter ausbauen, nicht nur auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik.

Die deutsch-amerikanische und die europäisch-amerikanische Freundschaft können auf Dauer nur gedeihen, wenn wir die Zusammenarbeit auf allen Gebieten vertiefen: Politik und Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur.

Der Vertrag von Maastricht hat nicht nur für die Menschen innerhalb der Europäischen Gemeinschaft seine Bedeutung. Er ist ein Signal auch für Länder außerhalb der Gemeinschaft. Auf der Grundlage des Maastrichter Vertrags wollen wir — lieber Alois Mock — möglichst rasch im neuen Jahr — wenn es nach uns geht, ab Januar — die Beitrittsverhandlungen mit Österreich, mit Schweden, mit Finnland, der Schweiz und, wenn Norwegen sich dafür entscheidet, auch mit Norwegen zügig aufnehmen.

Es ist unser Wunsch, daß, wenn die einzelnen hier genannten Länder das wollen und die entsprechenden innenpolitischen Voraussetzungen schaffen, der Beitritt 1995 erfolgen kann. Das ist ein weiterer Schritt in eine gemeinsame Zukunft. Die Tatsache, daß es Beitrittskandidaten gibt, spricht im übrigen für die Europäische Gemeinschaft. Diese Länder lehnen sie nicht ab, sondern wollen zu ihr gehören.

Ich spreche auch von Polen und von Ungarn, von den Tschechen und den Slowaken und von den baltischen Staaten. Wenn auch nicht in diesem Jahrzehnt, so

doch wenigstens zu einem Zeitpunkt zu Beginn des nächsten Jahrhunderts halte ich eine Erweiterung um diese Länder für möglich. Es sind Länder, die nicht zuletzt ihre Hoffnung auf Wohlstand und auf demokratische Entwicklung auf die Europäische Union setzen.

Wir brauchen darüber hinaus besonders vertrauensvolle und gute Beziehungen — vielleicht in einem Sonderstatus — mit den Nachfolgestaaten der Sowjetunion, den GUS-Staaten.

Europa darf keine Festung sein. Es darf sich nicht abschließen. Es muß offen sein. Aber wir müssen auch klar machen, wo die Grenzen für eine Aufnahme in die eigentliche Europäische Union gezogen sind.

Die Diskussion während der vergangenen Monate, auch bei uns, hat gezeigt, wie viele Mißverständnisse, Unsicherheiten, Vorbehalte und Ängste im Blick auf den Vertrag von Maastricht bestehen. Wir müssen diese Ängste abbauen. Es ist wahr, daß viele in Europa und auch in Deutschland befürchten, daß dieses Europa eine Art Leviathan ist, der alles verschlingt, ein zentralistisches Europa, das dem Bürger die Luft abschneidet. Viele haben zusätzlich die Angst, daß sie mit einer europäischen Staatsbürgerschaft ihre Identität als Franzosen, als Italiener oder als Deutsche verlieren.

Unsere Antwort ist ganz klar: Wir bleiben in unserer Heimatregion fest verwurzelt. Dort, wo wir Heimat empfinden, dort, wo unsere Muttersprache gesprochen wird, bleiben wir verwurzelt. Wir bleiben Deutsche, wir bleiben Italiener oder Franzosen und sind zugleich Europäer.

Wir müssen den Menschen deutlich machen, daß Europa mehr ist als irgend-

eine bürokratische Einrichtung, daß es ein bürgernahes Europa ist und daß Europa vor allem ein Europa der gemeinsamen Kultur ist. Ich beklage, daß die Europadebatte überwiegend ökonomisch geführt wird. Unser Freund Heinz Eggert hat gestern in seiner Vorstellungsrede im Blick auf die deutsche Einheit auf diesen Sachverhalt verwiesen. Wir müssen aufpassen, liebe Freunde — auch wir, die Christlich Demokratische Union —, daß wir bei aller verständlicher notwendiger Sorge um die ökonomischen Tatsachen die kulturellen Bindungen unseres Volkes und unseres Europas dabei nicht völlig vergessen.

Wir wollen keinen europäischen Überstaat, der alles einebnen und alles verwischt. Wir wollen ein Europa nach dem Grundsatz: Einheit in Vielfalt. Deswegen stärkt der Maastrichter Vertrag die Rolle der Regionen — bei uns die Rolle der Bundesländer.

Es ist, wenn Sie so wollen, eine zutiefst föderale Ordnungsvorstellung, die dem zugrunde liegt. Aber auch hier muß ich einfach sagen: Die Traditionen sind unterschiedlich. Es ist für einen Franzosen, dessen Land seit 400 Jahren gewohnt ist, daß Paris das Maß aller Dinge ist und daß Frankreich ein Zentralstaat ist, sehr schwer, Dezentralisation und föderale Strukturen zu akzeptieren. Wir haben leider auch die Tatsache zu verzeichnen, daß der Begriff „Föderalismus“ in England ganz anders verstanden wird als bei uns. Wenn Margaret Thatcher voller Abscheu über Föderalismus spricht, dann plädiert sie gegen Zentralismus. Für uns ist Föderalismus gleichbedeutend mit Dezentralisierung.

Deswegen, meine Damen und Herren, werden wir einen neuen Art. 23 in das Grundgesetz einführen, in dem wir die

Rechte der Länder entsprechend festschreiben. Aber es ist die Zeit, auch folgendes einmal zu sagen: Ich beobachte jetzt einige in Deutschland, in Nord und Süd, ein wenig auch im Osten, die meinen, es sei die große Stunde, jene Frage zu stellen, ob die Bunderepublik Deutschland ein Bundesstaat oder ein Staatenbund sei. Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Bundesstaat und kein Staatenbund, um das klar und deutlich zu sagen.

Da ich ein überzeugter Föderalist bin, bin ich dafür, daß wir dort, wo auf Grund der Verfassung die Länder Aufgaben haben, etwa beim Bildungs- und Ausbildungssystem, gemeinsame Grundlagen einführen.

Denn wir können es doch nicht hinnehmen, wenn wir zum Beispiel auf dem Gebiet des Bildungswesens zu einer Zersplitterung kommen. Auch das muß ich in diesem Zusammenhang einmal klar aussprechen.

Das, was ich jetzt sage, hören manche eingefleischten Föderalisten nicht gerne: Wenn man von Föderalismus spricht, geht es natürlich nicht nur um die Beziehungen zwischen Bonn und den Landeshauptstädten. Gewiß denkt man dabei zunächst einmal an die Beziehungen — um Beispiele zu nennen — zwischen Bonn und Düsseldorf oder zwischen Bonn und München — das ist eine wunderschöne Stadt. Aber es muß natürlich ein Dreiklang sein: Bonn, Düsseldorf und Köln etwa oder Bonn, München und Nürnberg. Das heißt: Die deutschen und insgesamt die europäischen Gemeinden müssen voll einbezogen werden. Unser Verständnis von Föderalismus muß alle Ebenen umfassen.

Ich bin zutiefst überzeugt, daß die Chance für einen dauerhaften Erfolg Europas auch darin liegt, daß die Gemeinden und die Regio-

nen an den Grenzen zueinander finden.

Wir haben ja gerade einen überzeugenden Beweis dafür erlebt. Die Mehrheit für den Maastrichter Vertrag beim Referendum in Frankreich wäre nicht zustande gekommen, wenn nicht gerade auch die Grenzregionen, — zum Beispiel Lothringen und Elsaß — so klar mit „Ja“ gestimmt hätten. Das muß doch eigentlich jeden Skeptiker überzeugen. Ausgerechnet die Landschaften, die mehr als alle anderen unter den deutsch-französischen Bruderkriegen der letzten 200 Jahre zu leiden hatten, haben klar und deutlich gesagt: Wir wollen nicht mehr zurück, wir wollen nach vorne, wir wollen gemeinsam dieses Europa bauen.

Noch eine zweite Gruppe — für mich die eindrucksvollste Gruppe —, hat in Frankreich mit „Ja“ gestimmt. Das war die Generation der Kriegsteilnehmer, die den Ersten oder den Zweiten Weltkrieg erlebt haben, die in der Resistance gegen die Deutschen standen, die schreckliche Kriege erleben und erleiden mußten.

Wenn diese Generation „Ja“ zum Maastrichter Vertrag sagt, ist das eine Botschaft, die wir aufnehmen müssen.

Unser Ziel ist es, das, was im Westen möglich war, auch in den Beziehungen zum Osten zu schaffen. Ich spreche von den Beziehungen zu Polen. Ich denke an die Möglichkeiten der regionalen Zusammenarbeit über die Grenzen hinweg mit Polen und der tschechischen Republik.

Dann könnten sich in wenigen Jahren Beziehungen entwickeln, wie wir sie heute am Bodensee zwischen Deutschland, Österreich, der Schweiz und auch Frankreich haben. Das ist eigentlich das Ziel vernünftiger Politik.

Liebe Freunde, ich möchte noch einige Worte zu einem Begriff sagen, der für

Europa eine besonders große Bedeutung hat. Ich spreche von der Subsidiarität. Ich stelle mit einem gewissen Amusement fest, daß einige diesen Begriff ablehnen, weil er aus der Katholischen Soziallehre kommt. Manche haben eben nichts dazu gelernt in Deutschland.

Was bedeutet dieser Begriff der Subsidiarität? Es ist ein kluges Prinzip. Leider wissen noch immer nur sehr wenige, was er bedeutet. Das Wort besagt, daß diejenige Ebene Entscheidungen trifft, die sie am besten treffen kann. Die Entscheidungen sollen bürgernah getroffen werden. Das heißt, daß Rathäuser die Entscheidungen treffen können, Landesregierungen die Entscheidungen treffen, die Landesregierungen am besten treffen können, und daß Europa regelt, was Europa in diesem Zusammenhang am besten regeln kann.

Hier möchte ich ein offenes Wort sagen, meine Damen und Herren: Man redet zu Recht von einer Regelungswut, die in Europa — in Brüssel — herrscht. Es werde dort zuviel und zu intensiv geregelt. Das ist wahr. Wir haben jetzt in Birmingham vereinbart — und das wird in ein paar Wochen in Edingburgh in Beschlüsse gefaßt werden —, zu überprüfen, ob nicht manche Regelungen, die bisher auf der europäischen Ebene getroffen wurden, auf die nationalen oder dezentralen Ebenen übertragen werden können, wenn dies sinnvoll ist. Man muß fähig sein, aus Fehlern zu lernen.

Aber ich wende mich dagegen, jene, die sich nicht wehren können, da sie weit weg sind — in Brüssel —, dafür pauschal anzuschuldigen. Die Wahrheit ist, daß bei fast allen Regelungen, die in Brüssel

getroffen wurden und die wir als übertrieben empfinden, nationale und auch Gruppeninteressen Pate gestanden haben. Die Dänen regen sich beispielsweise darüber auf, daß die Gemeinschaft sogar die Größe der Äpfel festlegt. Andere Partner in der Gemeinschaft haben an dieser Verordnung Interesse, weil ihre Äpfel im Durchschnitt etwas größer sind als die in anderen Ländern. Ich möchte noch eine zweite unsinnige Regelung der Europäischen Gemein-

Ich unterstreiche noch einmal: Wir müssen fähig sein, aus den Fehlern zu lernen. Wir müssen den Begriff Subsidiarität mit bürgernah übersetzen und dies in der Politik praktisch umsetzen.

Als ich vor zehn Jahren Bundeskanzler wurde, wurde in der Europapolitik immer nur von „Eurosclerose“ gesprochen, ein Wort, das heute überhaupt nicht mehr in unserem Sprachgebrauch zu finden ist.



schaft anführen: Es macht keinen Sinn, Festlegungen über bestimmte Anforderungen an die Bezeichnung „Seebäder“ zu treffen. Aber es finden sich Interessengruppen, die sagen: Wenn wir das so hinkriegen, können wir in unseren Reisebüros damit werben, bestimmte Bäder im Süden Europas, die ansonsten ein wunderbares Klima haben, entsprechen nicht den Anforderungen der europäischen Richtlinie hinsichtlich der Badegewässer. So werden dann Geschäfte gemacht. Dafür darf man dann aber nicht die europäische Idee verantwortlich machen. Wir sollten fair und ehrlich sein und das insgesamt miteinander angehen.

Liebe Freunde, dieses Wort — und dieses Phänomen — ist verschwunden. Wir befinden uns auf Erfolgskurs. Es ist zwar ein schwieriger Kurs, und man muß immer wieder nachhelfen und dafür Sorge tragen, daß sich das Schiff vorwärts bewegt. Aber es bewegt sich im Ozean der Geschichte, und zwar mit Wind in den Segeln. Wir haben alle Chancen, das Ziel zu erreichen, das wir uns gesteckt haben.

Für mich, der ich mit 18 Jahren den jetzigen Fraktionsvorsitzenden der Europäischen Volkspartei im Europäischen Parlament, Leo Tindemans, der damals noch Student war, kennenlernte — wir trafen

uns an der deutsch-französischen Grenze bei Weissenburg, sangen europäische Lieder, verbrüderten uns und glaubten damals, mit dieser Verbrüderung sei Europa fast schon geschaffen —, ist es die Erfüllung eines Traums — ich sage es, wie ich es empfinde —, daß wir jetzt nach so vielen Jahren dieses Ziel wirklich erreichen können.

Als ich vor ein paar Wochen anlässlich der Beerdigung des Primas der katholischen Kirche in der Tschechoslowakei, Kardinal Tomašek, in Prag war, stand ich mit einigen Freunden am späten Nachmittag auf der Karlsbrücke. Das Bild, das ich dort gesehen habe, sagt sehr viel über das heutige Europa aus. Da waren Hunderte, ja Tausende junger Leute unterwegs, junge Ukrainer, junge Polen, natürlich junge Slowaken und junge Tschechen, aber auch viele junge Deutsche, nicht zuletzt aus den neuen Bundesländern, junge Franzosen und Italiener. Sie schauten über diesen europäischen Strom, und gewiß hatte mancher die Melodien Smetanas im Kopf. Sie spürten, wie mitten in Europa dieser Kontinent wieder zusammenwächst.

Wir müssen aufpassen — ich sprach ja von der Notwendigkeit einer bürgernahen Politik —, daß die verantwortlichen Politiker — wir alle gehören dazu, ich nicht zuletzt —, nicht hinter diesen jungen Leuten, ihren Hoffnungen, Wünschen und Sehnsüchten zurückbleiben. Sie sind bereits viel weiter als die Dossiers in den Ministerien unserer Länder.

Sie erfahren Freundschaft ganz selbstverständlich. Sie erfahren einen offenen Kontinent mit offenen Grenzen. Sie erfahren nicht zuletzt die großartigen gemeinsamen kulturellen Traditionen — ich spreche es bewußt so aus, auch weil

es ein so schönes Wort ist — des Abendlandes. Diese Gemeinsamkeit ist doch die eigentliche Quelle, aus der Europa seine Kraft bezieht. Wir müssen diese Tatsache wieder stärker ins Bewußtsein zurückholen und nicht nur über Steuersätze, Zölle und ähnliches reden.

Ich sage bewußt noch einmal: So toll ist die Leistung gar nicht, die wir zur Zeit erbringen: Wir sind allenfalls dabei — aber das wäre schon sehr viel — an das anzuknüpfen, was sehr viel früher in Europa schon einmal selbstverständlich war. Zum Beispiel begann man damals sein Studium in Oxford, ging dann nach Bologna, nach Paris oder nach Heidelberg: Europa wurde als kulturelle Einheit gesehen. So ist zum Beispiel die Universität Leipzig ein Ableger der Prager Universität. Diese wiederum, liebe Freunde, man soll es nie vergessen, ist die älteste deutsche Universität.

In den Handwerksberufen — ich will nicht nur von den Akademikern sprechen — war es selbstverständlich, auf Wanderschaft zu gehen. Gute Gesellen legten Wert nicht nur auf eine gute Ausbildung, sondern auch auf die Kenntnis ferner Länder. Als Adolph Kolping 1865 starb, gab es bereits Gesellenhäuser in der Schweiz, in Ungarn, in Polen, in Belgien, in vielen anderen Ländern Europas und sogar in den USA. Wir finden in Europa jetzt nach den schrecklichen Erfahrungen von Krieg, Not und Elend endlich wieder zu den Ursprüngen eines geeinten, im Bewußtsein der Menschen zusammengehörigen Europa zurück — und dies weist zugleich den Weg in die Zukunft.

Es ist unsere Zukunft, liebe Freunde, eine Zukunft in Frieden und Freiheit für Europa und unser deutsches Vaterland. Wir sind gefordert. Wir wollen handeln.

(Sehr lang anhaltender Beifall)

Egon Klepsch:

Die europäische Karte ist die Zukunftskarte: Wir gewinnen mit Europa

**Meine Damen und Herren!
Liebe Freunde! Der Parteitag
hat in diesen eintägigen Beratungen ein klares, ein durchgehendes Bild unserer Entscheidungen über die europäische Politik festgelegt. Es standen allen die Unterlagen zur Verfügung, die dafür notwendig waren. Es wurde ausreichend Gelegenheit zur Diskussion gegeben.**

Wir haben eine Fülle von Anträgen zu den Gegenständen gehabt, die wir beraten haben, und wir haben in bemerkenswerter Einmütigkeit unsere Entscheidungen gefällt.

Ich betone das um so mehr, als die große Präsenz der Delegierten an diesem Tage nicht nur einen Beweis für ihr Interesse und ihr Durchhaltevermögen, sondern auch für die Qualität der getroffenen Entscheidungen bietet. Denn das ist nicht von irgendeiner kleinen Gruppe am Rande erledigt worden, sondern wir haben unsere Pflicht in vollem Umfang getan.

Die Christlich Demokratische Union hat in der richtigen Stunde diesen Parteitag durchgeführt. Denn heute diskutieren wir über den Fortgang der europäischen Einigungspolitik. Es ist wichtig gewesen, daß wir gerade auch mögliche kontroverse Punkte hier klar zur Diskussion gestellt haben.

In den Vorberatungen waren wir uns darüber einig, daß dies ein Parteitag sein soll, auf dem eine offene Diskussion mit allen unseren Freunden geführt wird und auf dem es darauf ankommt, für die künftigen Entscheidungen eine Richtschnur zu bekommen.

Unser Parteitag wurde noch dadurch angereichert, daß hier einige Freunde, Parteiführer aus ausländischen Schwesterparteien, anwesend waren und mit Interesse unsere Beratungen verfolgt

**Zusammenfassung der Ergebnisse der Beratungen über die europapolitischen Anträge des Bundesvorstands durch den Präsidenten des Europäischen Parlaments,
Egon Klepsch**

haben, so etwa — wie eben gesagt wurde — Präsident Martens.

Wir haben Entscheidungen getroffen, wir haben sie mit einer denkwürdigen Einmütigkeit getroffen. Nun möchte ich aber eines feststellen: Es ist jetzt nicht mehr die Zeit, die Diskussion über jeden Einzelpunkt neu aufzurühren. Alle Fragen standen hier zur Diskussion, ohne Wenn und ohne Aber. Die getroffenen Entscheidungen sollten nicht dadurch wieder relativiert werden, daß der eine oder andere hinausgeht und Interviews gibt, die sie wieder in Frage stellen.

Unsere Aufgabe ist nun, deutlich zu machen, daß die Christlich Demokratische Union, die die Führungsverantwortung in diesem Staate hat, für europäische Politik in Geschlossenheit und in Konsequenz ihrer bisherigen Politik auch in die Zukunft hinein gemeinsam arbeitet.

Und noch eines möchte ich sagen. Unser Bundeskanzler hat heute in einer hervorragenden Weise die Grundzüge der europäischen Politik dargestellt, Grundzüge, die wir uns alle zu eigen gemacht haben, nicht nur durch unseren Beifall, sondern auch in dem Programm, das wir verabschiedet haben. Helmut Kohl gebührt dafür nicht nur Dank, sondern wir möchten an dieser Stelle auch einmal festhalten, daß er die große Führungsverantwortung, die er in Europa trägt — nicht nur für die christlich demokratischen Parteien, sondern darüber hinaus —, in hervorragender Weise wahrnimmt, daß er über den Tellerrand des Tages hinaus denkt und daß wir eine große Zahl weiterführender Anregungen von ihm, die international präsentiert sind, zu vertreten und aufzugreifen haben. Er hat selbst — mit einem gewissen Schmunzeln — auf die Rettung des Waldes verwiesen. Aber wir haben eine Fülle ähnlicher Beispiele zur Hand.

Ich denke nur an seinen Vorschlag zur Rettung des Regenwaldes oder an seinen Vorschlag zur Umrüstung der Kernkraftwerke im Osten unseres Kontinents. Das sind Gefahren, die alle einsehen. Die Forderungen, die der Bundeskanzler dazu aufgestellt hat, haben zwar ein Echo gefunden, aber es bedarf noch der Realisierung dieser Forderungen.

Ich sage das, weil ich deutlich machen will, daß die europäische Politik dankbar für die Anregungen ist, die von unserem Bundeskanzler

ausgehen, und weil er auch mit Entschlossenheit für ihre Realisierung eintritt und sie nicht nur theoretische Aussagen bleiben läßt.

Helmut Kohl hat die Führungsverantwortung für unsere Partei mit Recht zu einer Führungsverantwortung für die europäische Politik ausgebaut. Aber ich möchte noch einmal sagen: Wer heute noch Fragen hat — und es gibt sicher viele —, die die Arbeit des Umsetzens und des Bewältigens betreffen, der kann das Parteitagprotokoll — von dem ich hoffe, daß es sehr bald verteilt wird — zur Hand nehmen.

Da wird er auf alles hervorragende Antworten finden.

Das ist das Verdienst aller, die mit ihren Beiträgen diesen Parteitag zu einem Erfolg gestaltet haben und denen ich dafür auch ganz besonders danken möchte.

Wir haben eine Klammer zwischen gestern und heute. Helmut Kohl hat uns geführt in dem Ringen um die Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands. Aber er hat uns auch geführt in jene Auseinandersetzung um die Durchsetzung der Einigung Europas. Ich möchte Ihnen freimütig sagen: Diese Aufgabe ist zwar noch nicht abgeschlossen, aber sie steht an einem entscheidenden Wendepunkt.

Der Vertrag von Maastricht — mit allen seinen Schwächen — ist der Ausgangspunkt für die zukünftige Entwicklung. Wir haben uns heute mit den Konsequenzen, die uns betreffen, auseinandergesetzt, und wir haben klare Antworten gegeben.

Ich sage das insbesondere für viele Bierischgespräche, die jeder von uns kennt und die erhebliche Zweifel in Positionen gesetzt haben, über die wir uns heute hier verständigt haben. Deshalb möchte ich noch einmal unterstreichen:



Egon Klepsch: Wir stehen an einer entscheidenden Wendestelle, und von diesem Parteitag soll ein Aufbruch ausgehen.

Die Christlich Demokratische Union hat unter der Führung von Helmut Kohl einen klaren Kurs festgelegt, einen klaren Kurs, den unsere Partnerparteien respektieren werden und dem sie gerne folgen.

Ein Weiteres: Wir haben eine Fülle von Ängsten zu überwinden, und die europäische Politik zwingt uns dazu, in sehr kurzen Abständen weitreichende Beschlüsse zu fassen. Deshalb ist es richtig, daß wir für mehr Transparenz der europäischen Politik eintreten. Diese größere Transparenz muß von uns vermittelt werden. Nicht, daß unsere Hoffnung auf die Medien vielleicht enttäuscht wird; wir haben jetzt das, was wir heute beschlossen haben, in unzähligen Versammlungen und Gesprächen in die Tat umzusetzen. Meine Damen und Herren, wie groß soll

dieses Europa sein, um das wir uns bemühen? Wir haben heute klar gesehen, daß der Anker für die europäische Politik die Europäische Gemeinschaft ist, in deren Zentrum die deutsch-französische Freundschaft steht. Diese Europäische Gemeinschaft muß funktionsfähig und leistungsfähig bleiben, damit die Aufgaben, die allenthalben in der Welt auf uns zukommen, von uns bewältigt werden können.

Wir haben mit Recht gesehen, daß die große Attraktivität, die diese Gemeinschaft hat, dazu führt, daß viele hinein wollen, und wir haben gesagt, daß herein nur kann, wer bereit ist, die Grundprinzipien zu übernehmen, die wir zur Grundlage unseres Zusammenlebens machen, nämlich: es muß ein freiheitlicher Rechtsstaat, es muß eine plurale Demokratie sein, und es muß soziale Marktwirtschaft in diesen Ländern herrschen, die wir, wenn sie die entsprechenden Voraussetzungen mitbringen, dann gern in unseren Kreis aufnehmen.

Viele müssen wir erst instand dazu setzen — auch das steht in unserem Papier. Die ost-mitteleuropäischen Staaten — Polen, die Tschechoslowakei und Ungarn — bilden dafür ein hervorragendes Beispiel. Wir haben mit ihnen Verträge — die Europa-Verträge — abgeschlossen, damit sie in den Stand gesetzt werden, später einmal in Erfüllung dieser Perspektive ihren Beitrittsantrag stellen zu können. Wir sollten ihnen dabei helfen.

Aber halten wir fest: Wir stehen an einer entscheidenden Wendestelle, und von diesem Parteitag soll ein Aufbruch ausgehen, der sicherstellt, daß wir uns allen Schwierigkeiten zum Trotz bewußt sind, daß die europäische Karte unsere Zukunftskarte ist. Wir gewinnen mit Europa! — Danke sehr. ■

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Wir werden auch in Zukunft die große Volkspartei der Mitte bleiben

**Meine Damen und Herren!
Meine lieben Freunde! Ein kurzes Wort zum Abschluß dieser drei wichtigen Tage in Düsseldorf.**

Norbert Blüm hat allen gedankt. Ich will das nicht wiederholen. Aber ich will ihm ganz persönlich für seinen Einsatz und für die Art, wie er diesen Parteitag geleitet hat, danken. Das war der unverwechselbare Norbert Blüm; offen, humorvoll und listig.

(Heiterkeit)

Die Listigkeit gehört bei ihm immer dazu. Wir sind seit Jahrzehnten befreundet. Ich kenne ihn sehr genau.

Aber ein Parteitagspräsident muß ja auch wissen, daß es nicht nur um Abstimmungen und Diskussionen geht, sondern auch um das Klima auf einer solchen Veranstaltung. Viele Leute reden heutzutage über das Innenleben der Partei.

Wer nie einen Parteitag gestaltet und vorbereitet hat wie Karl Schumacher, wer das nicht in Jahrzehnten immer wieder erlebt hat, der weiß gar nicht, was es für eine Arbeit und für eine Last ist, solche Tage als Parteitagspräsident durchzustehen. Lieber Norbert Blüm, herzlichen Dank.

Diese drei Tage haben — ich behaupte: dies ist in keiner anderen deutschen Partei so — gezeigt: In den letzten zwei Jahren — dies ist der dritte Bundesparteitag der wiedervereinigten CDU Deutschlands — sind wir uns sehr viel nähergekommen.

Wir sind wirklich eine Partei. Das ist das Verdienst vieler. Ich möchte Ihnen allen danken. Daß auch schwierige Wahlgänge in einer menschlich überzeugenden Weise möglich waren, das gehört zu diesen drei Tagen. Dafür danke ich ganz besonders herzlich.

Es war ein Parteitag, der nicht auf das Jubeln angelegt war. Es war ein Parteitag, auf dem wir uns mit großer Nüchternheit und mit großem Ernst — die Diskussionsbeiträge haben das immer wieder deutlich gemacht — und mit großem Sachverstand über unseren christlich-demokratischen Standort im Blick auf Deutschland und Europa verständig haben.

Wir haben versucht, ehrliche Antworten zu geben, weil wir als führende Regie-

Schlußwort des Vorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl

runbspartei in Deutschland in besonderer Weise aufgerufen sind, ehrliche Antworten auf drängende Fragen zu geben. Wir haben so intensiv wie selten zuvor auf einem Bundesparteitag über wirtschafts- und finanzpolitische Fragen diskutiert.

Wir haben Entscheidungen getroffen. Diese Entscheidungen gelten. Ich sage noch einmal: Niemand hat das Recht, diese Entscheidungen umzuinterpretieren. Ich werde dies auch deutlich machen, wenn ich den Eindruck haben sollte, daß andere das so nicht verstehen.



Der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, kann zufrieden sein: Der 3. Parteitag in Düsseldorf war ein Parteitag, der sich mit großer Nüchternheit und mit großem Ernst über den Standort der CDU im Blick auf Deutschland und Europa verständigt hat.

Wir haben uns darauf verständigt, meine Damen und Herren, auf andere politische Parteien und auf die anderen gesellschaftlichen Gruppen zuzugehen, um den Solidarpakt für Deutschland zu erreichen. Das wichtigste Ziel dieses Solidarpakts muß sein, ein möglichst hohes Maß an Gemeinsamkeit über wichtige Zukunftsfragen unserer Nation zu erreichen.

Jetzt ist nicht die Zeit für Selbstprofilierungen — weder für einzelne noch für einzelne Gruppen noch für einzelne Parteien in Deutschland. Wir haben deutlich gemacht, was wir im Blick auf den Standort Deutschland ändern müssen. Das Thema „Standort Deutschland“ betrifft nicht nur die Frage der Entwicklung in den neuen Ländern — so wichtig und so vordringlich diese ist —, sondern wir müssen auch über Fehler und Fehlentwicklungen in der alten Bundesrepublik nachdenken.

Wir können jetzt die einmalige Chance nutzen — jedenfalls ist dies meine Überzeugung —, in dieser Umbruchzeit bestimmte Dinge wieder in Ordnung zu bringen.

Damit dies nicht untergeht, weil jetzt soviel von Ökonomie und Geld die Rede war, will ich noch einmal ausdrücklich auf meine Ausführungen vom Montag zu dem weiten Feld von Bildung und Ausbildung verweisen. Wenn wir in ein paar Monaten — Herr Kanther, ich glaube im März — zu einem eigenen Bildungs- und Ausbildungskongreß der CDU/CSU nach Wiesbaden einladen, dann soll das nicht im Unverbindlichen verschweben, sondern ich möchte erreichen, daß wir konkrete Beschlüsse fassen.

Das betrifft z.B. die Frage der Lehrlingsausbildung, die Frage des Zustands deutscher Universitäten, die Dauer des Gymnasialunterrichts und anderes. Dies ist genauso wichtig wie die finanzpolitischen Fragen, die wir heute früh diskutiert haben.

Es stellt sich sogar die Frage, liebe Freunde, ob auf längere Sicht diese Fragen nicht viel wichtiger sind als das, was wir aktuell über Steuerpolitik zu diskutieren haben.

Wir haben über unsere Zukunft in Europa gesprochen. Ich habe Ihnen vortragen dürfen — und das hat breite Zustimmung gefunden —, wie wir in

einer sich verändernden Zeit unseren Grundsätzen treu bleiben wollen. Wir haben darüber gesprochen, woran wir uns orientieren. Wir haben über unseren Werte-Kompaß gesprochen. Es geht hier auch um die Diskussion über die Neuformulierung unseres Grundsatzprogramms — über das, was „christliches Menschenbild“ im Blick auf unsere Politik von heute und morgen bedeutet. Ich will Sie auf diesem Parteitag herzlich einladen, dieses Programm intensiv zu diskutieren, wenn in ein paar Monaten der Entwurf dazu vorgelegt wird. Es soll eine lebendige Diskussion auf allen Ebenen unserer Partei — bis hin zum Ortsverband — werden.

Wir dürfen nicht zulassen, daß auf der einen Seite die Pragmatiker — zuständig für die Tagespolitik — stehen und auf der anderen Seite jene, die für das Grundsätzliche da sind. Sie können keine vernünftige und verantwortbare Politik betreiben, wenn die Grundsätze nicht stimmen, wenn der Werte-Kompaß nicht stimmt.

Deswegen ist die Arbeit an unserem Grundsatzprogramm von allergrößter Bedeutung. Ich weise noch einmal darauf hin: Unser Ziel ist es — und ich hoffe, wir können es mit gemeinsamen Bemühungen erreichen —, daß wir im Frühjahr 1994 in Hamburg zu einem Parteitag zusammenkommen, auf dem wir trotz Wahljahr — ich sage: trotz Wahljahr — das Grundsatzprogramm diskutieren und verabschieden. Ich halte eine solche Diskussion im Vorfeld der vielen Wahlen des Jahres 1994, nicht zuletzt der Bundestagswahl und der Europawahl, für eine glänzende Ausgangsposition.

Die Menschen in Deutschland, die Wählerinnen und Wähler, sollen in einer sich stürmisch verändernden

Welt, in der sehr viel Labilität zu beobachten ist, wissen: Dies sind die Grundsätze der CDU Deutschlands.

Liebe Freunde, wir kehren nach diesen drei Tagen, die geprägt waren durch sehr gute Diskussionsbeiträge, durch den Austausch von Erfahrungen und auch durch menschliche Begegnungen, die wir hier im Saal und außerhalb des Saales miteinander hatten, mit Dankbarkeit zu unserer Arbeit zurück.

Unsere Politik wird nur dann erfolgreich sein, wenn sie nicht nur in den Inhalten überzeugend ist, sondern auch menschlich glaubwürdig gelebt wird. Unsere Kraft erwuchs in den vergangenen Jahrzehnten — seit der Gründung der Union 1945 in Berlin, in Köln und anderswo — immer aus unserer Gemeinsamkeit, aus unserer Fähigkeit, Politik aus einem „Wir“-Gefühl heraus zu gestalten. Wir diskutieren offen, aber wir dürfen nie dem Zeitgeist nachgeben und Probleme zerreden.

In einer Zeit, in der so viele unterwegs sind, die alles daransetzen, Menschen auseinanderzubringen, müssen wir Menschen zueinanderbringen. Wir haben uns immer als die große Volkspartei der Mitte verstanden. Das hat sich für Deutschland als ein Gewinn erwiesen. So soll es auch in Zukunft bleiben.

Ich wünsche Ihnen eine gute Heimkehr — und uns allen viel Gemeinsamkeit in den kommenden Wochen und Monaten, die viel Arbeit und manchen Verdrüß bringen werden. Ich sprach von dem „Wir“-Gefühl in unserer Partei. Wir, die Christlich Demokratische Union — die stärkste politische Kraft in Deutschland —, stehen für Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland.

Änderung des Statuts der CDU Deutschlands

A. Das Statut der CDU Deutschlands vom 27. 4. 1960, zuletzt geändert am 1. 10. 1990, wird wie folgt geändert:

1. Der Inhalt von § 17 (Exil-CDU) wird ersatzlos gestrichen; die Paragraphen-Ziffer bleibt als Leerziffer für spätere Statuten-Änderungen erhalten.

2. § 28 (Zusammensetzung des Bundesparteitages) erhält in seinem Absatz 1 folgende neue Fassung:

„(1) Der Bundesparteitag setzt sich zusammen aus 1000 Delegierten der Landesverbände, die von den Kreis-, Bezirks- oder Landesparteitagen gewählt werden, und den Ehrenvorsitzenden. Von den 1000 Delegierten der Landesverbände werden 200 im Verhältnis der bei der letzten Wahl zum Deutschen Bundestag für die einzelnen Landeslisten der Christlich Demokratischen Union Deutschlands abgegebenen Zweitstimmen, 800 im Verhältnis der Mitgliederzahlen der einzelnen Landesverbände entsandt.

Die Verteilung der Delegiertensitze auf die einzelnen Landesverbände erfolgt bei allen Bundesparteitagen im Höchstzahlverfahren nach d'Hondt.“

3. In § 28 (Bundesparteitag) wird in Absatz 2 der Unterabsatz 2 (Bedeutung der Wahl zum Abgeordnetenhaus in Berlin für den Delegiertenschlüssel) ersatzlos gestrichen.

4.1. In § 28 (Bundesparteitag) wird Absatz 3 (Stimmrecht der Exil-CDU) ersatzlos gestrichen.

4.2. Die folgenden Absätze werden neu beziffert.

5. § 29 (Zuständigkeiten des Bundesparteitages) Abs. 2 Satz 1 erhält folgende Fassung:

„(2) Er wählt als Mitglieder des Bundesvorstandes in getrennten Wahlgängen:

1. den Vorsitzenden,
2. auf Vorschlag des Vorsitzenden den Generalsekretär,
3. vier Stellvertretende Vorsitzende,
4. den Bundesschatzmeister,
5. weitere sieben Mitglieder des Präsidiums,
6. weitere 26 Mitglieder des Bundesvorstandes.“

6. In § 29 Absatz 2 behält Unterabsatz 4 folgende Fassung:

„Die unter Ziffer 1 bis 5 genannten Mitglieder des Bundesvorstandes und die Ehren-

Beschluß Nr. F1

vorsitzenden sowie der Bundeskanzler, der Präsident oder der Vizepräsident des Deutschen Bundestages und der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages sowie der Präsident des Europäischen Parlamentes und der Vorsitzende der EVP-Fraktion des Europäischen Parlamentes, soweit sie der CDU angehören, bilden das Präsidium.“

7. In § 29 (Zuständigkeiten des Bundesparteitages) erhält Absatz 3 folgende Fassung:

„Er wählt den Vorsitzenden und vier Beisitzer sowie sieben stellvertretende Mit-

glieder des Bundesparteigerichts nach den Bestimmungen der Parteigerichtsordnung.“

8. In § 29 (Zuständigkeiten des Bundesparteitages) behält Absatz 6 folgende Fassung:

„Er wählt drei Rechnungsprüfer nach den Bestimmungen der Finanz- und Beitragsordnung.“

9.1. Im § 30 (Zusammensetzung des Bundesausschusses) wird in Absatz 1 die Ziffer 2 (Delegierte der Exil-CDU) ersatzlos gestrichen.

9.2. Die folgenden Ziffern und die entsprechende Angabe in § 30 Absatz 2 werden neu beziffert.

10. § 33 (Zusammensetzung des Bundesvorstandes) wird in seinem Absatz 1 wie folgt gefaßt:

„(1) Der Bundesvorstand setzt sich zusammen aus:

1. den Ehrenvorsitzenden, dem Vorsitzenden, dem Generalsekretär, den vier Stellvertretenden Vorsitzenden, dem Bundeschatzmeister, sieben weiteren Mitgliedern des Präsidiums sowie den weiteren 26 gewählten Mitgliedern des Bundesvorstandes,
2. dem Bundeskanzler, dem Präsidenten oder Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages, dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages sowie dem Präsidenten des Europäischen Parlamentes und dem Vorsitzenden der EVP-Fraktion des Europäischen Parlamentes, soweit sie der CDU angehören,
3. den Vorsitzenden der Landesverbände, soweit nicht dem Bundesvorstand bereits Mitglieder aus dem jeweiligen Bundesland nach Ziffern 1 oder 2 angehören.“

11. In § 43 (Wahlen) Abs. 2 Satz 1 werden die früheren Worte „sieben Stellvertretenden Vorsitzenden nach § 29 Abs. 2 Ziff. 3“ ersetzt durch die Worte „vier Stell-

vertretenden Vorsitzenden nach § 29 Absatz 2 Ziffer 3 und der sieben weiteren Mitglieder des Präsidiums nach § 29 Absatz 2 Ziffer 5“.

12. In § 43 (Wahlen) Abs. 3 Satz 1 wird der frühere Ausdruck „§ 29 Abs. 2 Ziffer 5“ ersetzt durch „§ 29 Abs. 2 Ziffer 6“.

13. § 50a (Übergangsvorschriften) wird gestrichen.

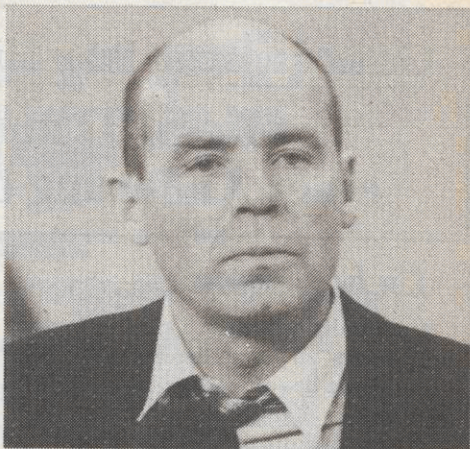
B. In § 19 (Rechenschaftsberichte) Abs. 1 Satz 3 und Absatz 4 der Finanz- und Beitragsordnung der CDU (FBO) vom 17. 11. 1969, zuletzt geändert am 1. 10. 1990, bleibt das Wort „beiden“ ersatzlos gestrichen.

C. Der 4. Abschnitt — Bundesparteigericht — in der Parteigerichtsordnung der CDU (PGO) vom 5. 10. 1971, zuletzt geändert am 1. 10. 1990, erhält folgende Fassung:

„§ 5 (Zusammensetzung und Besetzung)
(1) Das Bundesparteigericht besteht aus fünf ordentlichen und sieben stellvertretenden Mitgliedern.

(2) Es tritt in der Besetzung mit dem Vorsitzenden und vier Beisitzern zusammen. Der Vorsitzende und zwei Beisitzer müssen die Befähigung zum Richteramt haben.“

D. In § 6 (Antragsrechte) der Geschäftsordnung der CDU (CDU-GO) vom 23. 6. 1975, zuletzt geändert am 13. 9. 1989, werden in Abs. 1 Ziffer 4 die Worte „und der Exil-CDU“ ersatzlos gestrichen.



Zu Stellvertretenden Vorsitzenden wurden ins Präsidium gewählt: Angela Merkel, Heinz Eggert, Norbert Blüm und Erwin Teufel. Das Foto links unten zeigt die neue Bundesschatzmeisterin Brigitte Baumeister.

Generalsekretär Peter Hintze:

Die SPD muß Ja sagen zu einer Änderung des Grundgesetzes

Liebe Freunde,

die ständig steigende Zahl der Asylbewerber ist zu einem der drängendsten Probleme der deutschen Innenpolitik geworden. Längst nicht alle Bürger wissen, daß die derzeitige Verfassungslage die Handlungsmöglichkeiten der Regierung eng begrenzt und eine wirksame Lösung nur durch eine Änderung des Grundgesetzes erreicht werden kann. Dabei sind wir auf die Mitwirkung der SPD angewiesen, weil nur so die notwendige Zweidrittel-Mehrheit erreicht werden kann.

Die CDU ist seit Jahren für eine Änderung der Verfassung eingetreten. Wenn die SPD nicht in all diesen Jahren an ihrer Blockade-Strategie festgehalten hätte, müßten wir 1992 nicht fast eine halbe Million neuer Asylbewerber verkraften.

Wir dürfen nicht zulassen, daß die SPD durch einen Streit um Begriffe von der Realität ablenkt, die sie zu verantworten hat. Es besteht die Gefahr, daß die Verweigerungshaltung der Sozialdemokraten im Ergebnis nicht nur der SPD, sondern der Demokratie insgesamt schadet. Wir müssen alles daran setzen, daß die politische Verantwortung für die dramatische Entwicklung klar erkennbar bleibt.

Es kommt jetzt entscheidend darauf an, die SPD zu bewegen, die notwendige Verfassungsänderung mitzutragen. Ein SPD-Parteitag soll Mitte November dazu Beschlüsse fassen. Angesichts der zwiespältigen Ergebnisse, die auf Landes- und Bezirksparteitagen der SPD in den zurückliegenden Wochen erzielt worden sind, ist derzeit noch völlig offen, wie die Entscheidung des SPD-Parteitages ausfallen wird.

Noch einmal auf die Sozialdemokraten zugehen

Im Vorfeld des SPD-Parteitages sollten wir noch einmal auf die Sozialdemokraten zugehen. Ich werde am Donnerstag, 5. November, in überregionalen Zeitungen einen Brief an die Mitglieder der SPD veröffentlichen und diese auffordern, auf die Führung der Sozialdemokraten einzuwirken: Die SPD muß Ja sagen zu einer Änderung des Grundgesetzes.

Ich bitte Sie, diese Aktion vor Ort mitzutragen. Sie erhalten Mustervorlagen für Flugblätter (Seite 27/28). Mustervorlagen für Anzeigen und offene Briefe sowie eine Grundausrüstung an Plakaten gehen an die Kreisverbände. Wenden auch Sie sich an die Mitglieder und Wähler der SPD. Fordern auch Sie dazu auf, von der Führung der SPD ein Umdenken in der Frage der Grundgesetzänderung zu verlangen.

Liebe SPD-Mitglieder!

**Jeder weiß:
das Asyl-Problem muß rasch gelöst werden.**

**Ohne die SPD geht das nicht.
Zu einer Grundgesetzänderung ist
ihre Zustimmung notwendig.**

**In wenigen Tagen entscheidet darüber
ein Sonderparteitag.**

Entscheiden Sie mit! Melden Sie sich zu Wort!

**Die führenden Leute in der SPD müssen jetzt
von der Basis gesagt bekommen: Handelt!**

**Die SPD muß die richtige Entscheidung treffen.
Bleibt das Problem ungelöst, so nutzt das nur
den Radikalen. Das kann niemand wollen.**

**Bitten Sie die SPD
um ein Ja zur Grundgesetzänderung!**



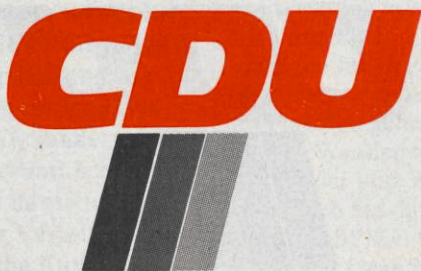
Liebe SPD-Mitglieder!

Eine halbe Million Asylbewerber pro Jahr: das kann Deutschland nicht verkraften. Wir können nicht alle aufnehmen, die bei uns leben wollen. Politisch Verfolgte sollen aber auch künftig hier Schutz finden können.

Die Bürger erwarten zu recht, daß die Politiker handeln. Ohne die SPD geht das nicht. Sie muß einer Änderung des Grundgesetzes zustimmen. Deshalb kommt alles darauf an, daß der Parteitag der SPD den Weg frei macht für eine wirksame Lösung.

Ich bitte Sie: Reden Sie mit der Partei, der Sie Ihre Stimme gegeben haben. Helfen Sie mit, daß die Probleme bewältigt werden und unser Land ausländerfreundlich bleibt!

**Bitten Sie die SPD
um ein Ja zur Grundgesetzänderung!**



Neue Broschüre: *Kommunale Projekte der CDU*

„Es muß ja auch nicht in jedem Verband das Rad neu erfunden werden; wir können voneinander lernen.“ Mit dieser Ermunterung stellt der hessische Landesvorsitzende Manfred Kanther eine neue Broschüre vor, die erfolgreiche kommunale Projekte beschreibt.

Diese Vorstellung ist als Anregung für die praktische Arbeit gedacht und soll dazu anspornen, auf dem Gebiet gemeinnütziger Betätigung weiter aktiv zu sein. Kanther: Der Parteiverdrossenheit kann am besten durch die Darstellung einer lebhaften und interessanten Partei begegnet werden.

Die kommunalen Projekte, die mit großem Erfolg bereits durchgeführt worden sind, sollten nach Meinung des Landesvorsitzenden als Dauereinrichtung während der gesamten Legislaturperiode stattfinden und nicht erst im Wahlkampf. Kanther: Die Bürger sind sensibel geworden und können gut unterscheiden zwischen reinem Aktionismus und ehrlichem politischen Bemühen um die besten Lösungen.

In der Broschüre werden die folgenden Projekt-Vorschläge gemacht und beschrieben:

- CDU übernimmt Patenschaft für Spielplatz
- CDU veranstaltet Spielzeugsammelaktion
- CDU organisiert Kinderkleidertauschaktion
- CDU sammelt Kleider
- CDU organisiert Ausstellung für Hobbykünstler
- CDU baut Grillplatz
- CDU stellt Parkbank auf

- CDU renoviert kleine öffentliche Gebäude
- CDU pflanzt Vogelschutzhecken
- CDU legt Streuobstwiese an
- CDU pflanzt Bäume
- CDU verkauft Bäume und Pflanzen
- CDU verkauft Thermokomposter
- CDU verkauft Nistkästen
- CDU verkauft Regentonnen
- CDU stellt Blumenkübel auf
- CDU legt Waldlehrpfad an
- CDU veranstaltet Vogelstimmenwanderung
- CDU räumt im Wald auf
- CDU säubert Straßenränder
- CDU stellt Borkenkäferfallen auf
- CDU säubert Bäche und die Ufer von Seen
- CDU baut Krötenschutzzaun
- CDU legt Feuchtbiotop an.

Wichtig sind auch die allgemeinen Hinweise, in denen praktische Erfahrungen mit der Auswahl des Projektes zur Geltung kommen, mit gemeinsamer Arbeit mit Bürgern, mit Dokumentation, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, mit der Finanzierung und der Betreuung der Mithelfenden.

Zu beziehen beim Landesverband Hessen

Zum Schluß hat der Landesverband, bei dem die Broschüre „Kommunale Projekte der CDU“ im übrigen angefordert werden kann, noch eine Bitte: Geben Sie Ihre Erfahrungen mit den durchgeführten Projekten an die Landesgeschäftsstelle weiter und teilen Sie auch mit, wenn Sie eigene Ideen erfolgreich umgesetzt haben.

Aus der Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung

Neu im Programm:

Forum für Leiter von Jugendämtern, Vorsitzenden und Mitgliedern von Jugendhilfeausschüssen, für jugendpolitische Sprecher und Vertreter von Jugendverbänden

Hauptthema:

Lebenswelten im Umbruch — Herausforderungen für Politik und Jugendverbände

Einige der Einzelthemen:

- Individualisierte Lebenswelten — Lebenslagen, Lebensperspektiven und Orientierungsaufgaben der Jugend.
- Die Bedeutung der Jugendpolitik für die Integration Jugendlicher in die demokratische Lebensordnung.

- Zur „Vorbild“-Problematik des Gewalthandelns in den Medien.
- Jugend und Gewalt — Ursachen der Gewaltbereitschaft und politische Antworten auf Gewaltanwendung.
- Rechtsextremismus und Jugendliche: Neue Aufgaben der Jugendverbände in der Bundesrepublik Deutschland.

Termin/Veranstaltungsort:

20. und 21. November 1992
Bildungszentrum Schloß Eichholz

Weitere Informationen/

Anmeldungen:

**Konrad-Adenauer-Stiftung
Bildungszentrum Schloß Eichholz
Postfach 1331
5047 Wesseling**

In der Bundesgeschäftsstelle der LCDU/Abteilung Frauen- und Familienpolitik ist die Stelle

eines Referenten/ einer Referentin

zum nächstmöglichen Termin zu besetzen. Wir erwarten

- Kenntnisse in der Frauen- und Familienpolitik,
- organisatorische und konzeptionelle Fähigkeiten,
- einen guten Sprach- und Briefstil
- Erfahrungen in der Öffentlichkeitsarbeit
- überdurchschnittliche Einsatzbereitschaft.

Der Bewerber/die Bewerberin soll analytisch und konzeptionell arbeiten können sowie eigenständig Konferenzen, Fachtagungen, Anhörungen und Arbeitsgruppensitzungen vorbereiten und durchführen. Er/sie soll auch den Aufbau der Frauen-Union in den neuen Bundesländern unterstützen. Die Anstellung erfolgt zum 1. Januar 1993.

Für weitere Auskünfte steht Ihnen Frau Ingrid Sehrbrock,
Telefon (02 28) 54 43 14-3 15,
zur Verfügung.

Ihre Bewerbungsunterlagen richten Sie bitte an die Bundesgeschäftsstelle der CDU, Abt. Personal, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn 1.

Unser neuestes Europa-Aktions-Logo

CDU



Die deutsche Europa-Partei

Ein neues Europa-Aktions-Logo drückt die enge und unlösbare Verbindung zwischen unserer europäischen Einigungspolitik und unserer nationalen Politik aus. Helmut Kohl: Unsere nationale Zukunft ist mit der Entwicklung Europas verknüpft. Die folgenden Materialien für Europa sind mit dem oben abgebildeten Aktions-Logo ausgestattet:

Bestell-Nr.		Verpackungseinheit	Preis je Einheit
1482	Europa-Rahmenflugblatt DIN A4	500 Expl.	18,— DM
2464	Faltblatt: Bilanz 82—92 „Europa“	50 Expl.	8,— DM
5514	Europa von A bis Z	50 Expl.	24,— DM
7519	Poster DIN A1:		
	Wir machen uns stark für Europa	50 Expl.	32,— DM
8481	Europa-Rahmenplakat DIN A1	50 Expl.	25,— DM
9480	Aufkleber, Europa-Aktions-Logo	100 Expl.	12,— DM
9506	Feuerzeug mit Europa-Aktions-Logo	25 St.	23,75 DM
9513	Papierfähnchen: „Europa“ mit umweltfreundlichen Kartonstäbchen	1 000 St.	107,— DM
9524	Europa-Pin (Anstecker mit Europa-Signet)	25 Expl.	27,50 DM

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1



Helmut Kohl: Viele haben die Angst, daß sie mit einer europäischen Staatsbürgerschaft ihre Identität als Franzosen, als Italiener oder als Deutsche verlieren. Unsere Antwort ist ganz klar: Wir bleiben in unserer Heimatregion fest verwurzelt. Dort, wo unsere Muttersprache gesprochen wird, bleiben wir verwurzelt. Wir bleiben Deutsche, wir bleiben Italiener oder Franzosen und sind zugleich Europäer.

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Tel. (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119. **Vertrieb:** Tel. (02 28) 544-421. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lütjke, Bernd Profitlich. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510 183 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 52,— DM. **Einzelpreis** 1,50 DM. **Herstellung:** Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.